



**Ein Ergebnis des Masterseminars Doing Democracy: Problemanalysen im Policy Brief Format
und der Deutsch-Polnischen Vernetzungskonferenz Doing Democracy: Connecting Academia & Civil Society
Across Borders 27/28.4.2026, Frankfurt(Oder)/Ślubiice**

Leitung: Dr. Anja Hennig

16.07.2026

POLICY BRIEF #5

„Haltung zeigen, Strukturen stärken: Brandenburg im Kampf gegen Antifeminismus“

Lilja Stirpe, Leandra von Stade

Executive Summary

Antifeminismus wird zunehmend als strategisches Mittel eingesetzt, um gleichstellungspolitische Arbeit zu delegitimieren. 2025 wurden bundesweit 640 Vorfälle erfasst, darunter Angriffe auf Verwaltung und Zivilgesellschaft, 32 % fanden im digitalen Raum statt. Auch in Brandenburg führen solche Angriffe zu Einschüchterung, Rückzug und dem Abbau gleichstellungspolitischer Strukturen. Bestehende Unterstützungsangebote sind überwiegend projektbasiert und bieten keinen nachhaltigen Schutz. Dieses Policy Brief rät jenen politischen Verantwortlichen, die mit Frauen-, Gleichstellungs-, Gewaltschutzpolitik sowie dem Schutz queerer Lebensweisen befasst sind, wirksame Schutzmaßnahmen zu entwickeln und zuständige Stellen in allen Verwaltungsinstanzen strukturell zu verankern.

Policy-Alternative: Strukturellen Schutz verankern: langfristige, präventive und nicht projektgebundene Maßnahmen etablieren.

Handlungsempfehlungen:

- Institutionelle Rückendeckung und Unterstützung für Gleichstellungsarbeit durch die Verwaltung stärken
 - Präventionsangebote gegen digitale Gewalt ausbauen
 - Interne Leitlinien zum Schutz von Gleichstellungsbeauftragten entwickeln
 - Öffentliche Rückendeckung sichtbar und verbindlich gestalten
- Mobile Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus an gleichstellungspolitische Akteurinnen vermitteln

POLICY BRIEF #5

**Taking a Stand, Strengthening Structures:
Brandenburg in the Fight Against Anti-Feminism**

By Lilja Stirpe and Leandra von Stade

Executive Summary

Anti-feminism is increasingly being used as a strategic tool to delegitimize gender equality efforts. In 2025, 640 incidents were recorded nationwide, including attacks on government agencies and civil society; 32% of these took place in the digital sphere. In Brandenburg, such attacks lead to intimidation, withdrawal, and the dismantling of gender equality structures. Existing support services are predominantly project-based and do not offer sustainable protection.

This policy brief calls on political decision-makers responsible for women's rights, gender equality, violence prevention and protection, as well as the protection of LGBTQ+ community, to develop effective protection measures and structurally embed designated responsible offices at all levels of public administration.

Policy Alternative: Embed structural protection: establish long-term, preventive, and non-project-based measures.

Recommendations:

- Strengthen institutional backing and support for gender equality work within the administration
 - Expand prevention programs against digital violence
 - Develop internal guidelines for the protection of gender equality officers
 - Make public support visible and binding
- Provide mobile counseling services against far-right extremism to gender equality policy actors

Antifeminismus als Delegitimierungsstrategie

Antifeminismus richtet sich gezielt gegen Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit sowie feministische und emanzipatorische Anliegen. Er umfasst Angriffe auf Frauenbewegungen, sowie auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt insgesamt, wobei Queerfeindlichkeit ein zentrales Element darstellt. Im Unterschied zu Sexismus oder Misogynie äußert sich Antifeminismus nicht nur auf individueller Ebene, sondern in organisiertem Vorgehen und als politische Strategie (Kalkstein et al., 2022).

Antifeminismus entwickelt sich europaweit zunehmend zu einer zentralen ideologischen und politischen Delegitimierungsstrategie. Der Begriff „Gender“ fungiert dabei auf europäischer Ebene als strategisches Feindbild und wird bewusst als abwertende Bezeichnung für Feministinnen, queere Menschen sowie Institutionen der Antidiskriminierungspolitik eingesetzt (Hennig, 2018). Diese Narrative werden insbesondere von Allianzen aus rechtspopulistischen und religiös-fundamentalistischen Akteurinnen getragen. Rechtsautoritäre und extrem rechte Bewegungen nutzen die Anschlussfähigkeit antifeministischer Positionen bis weit in die Mitte der Gesellschaft und schließen sich gezielt Kampagnen wie zum Feindbild „Gender“ an (Aktionsbündnis Brandenburg, o. D.).

Auch in Deutschland zeigt sich diese Entwicklung deutlich: Politische Akteure wie die AfD mobilisieren mit der Verteidigung traditioneller Familienbilder und Männlichkeitsvorstellungen und legitimieren damit Angriffe auf die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen (Kalkstein et al., 2022.) Zugleich wird Antifeminismus in Deutschland zunehmend in breitere politische Diskurse eingebettet und als Instrument zur Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen genutzt. Im Kontext des sogenannten Anti-NGO-Diskurses werden insbesondere linke und progressive Organisationen öffentlich infrage gestellt (Hummel et al., 2025), etwa zuletzt durch parlamentarische Initiativen wie einer Kleinen Anfrage der CDU zur Kontrolle staatlicher Förderung (Deutscher Bundestag, 2025). Dadurch entstehen politische Resonanzräume, in denen antifeministische Narrative normalisiert und legitimiert werden.

Zielgruppen antifeministischer Angriffe

Aktuelle Daten zeigen, dass sich antifeministische Angriffe gezielt gegen die Arbeit gleichstellungspolitische Akteurinnen in Zivilgesellschaft und Verwaltung richten. Im Jahr 2025 wurden bei der Meldestelle Antifeminismus 640 Fälle dokumentiert. Die Angriffe konzentrierten sich insbesondere auf:

- feministische und queere Veranstaltungen (103 Fälle),
- zivilgesellschaftliche Organisationen (169 Fälle),
- zunehmend auf struktureller Ebene: 74 Fälle richteten sich gezielt gegen Gleichstellungsbeauftragte.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass nicht nur einzelne Akteurinnen, sondern Gleichstellungspolitik als Ganzes unter Druck steht. Dies spiegelt sich auch in der Einschätzung der Betroffenen wider: 95% der befragten Gleichstellungsbeauftragten sehen die Gleichstellungsarbeit durch antidemokratische Entwicklungen bedroht (Herberth und Hartmann, 2026).

Zudem verlagern sich Angriffe zunehmend in den digitalen Raum: Rund 32 % der gemeldeten Vorfälle finden online statt und reichen von öffentlicher Diffamierung bzw. Feinbildmarkierungen bis hin zu direkten Bedrohungen via Anrufe oder Hassnachrichten über soziale Medien (Quirion und Hartmann, 2025).

Antifeminismus als Scharnier für weitere menschenfeindliche Ideologien

Antifeminismus fungiert insbesondere im digitalen Raum als verbindende Scharnier, durch das andere menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus oder Antisemitismus mobilisiert und in der konservativen Mitte der Gesellschaft normalisiert werden.

Online-Diskurse bieten dabei niedrighschwellige Einstiegspunkte: Debatten etwa über Gendern können als Ausgangspunkt dienen, um Nutzer*innen schrittweise an autoritäre und extrem rechte Positionen heranzuführen. Auf diese Weise wird vermeintlicher „Alltagsärger“ in antidemokratische Haltungen überführt (Herberth und Hartmann, 2026).

Gleichzeitig verstärken sich durch die Scharnierfunktion intersektionale Betroffenheiten: Vor allem für migrantische und muslimische Frauen hat diese Überschneidung aus Rassismus und Antifeminismus schwerwiegende Folgen (Rahner et al., 2020).

Antifeminismus in Brandenburg

Antifeminismus ist in Brandenburg bereits auf administrativer und politischer Ebene wirksam und wird gezielt zur Schwächung gleichstellungspolitischer Akteurinnen eingesetzt. So wird Antifeminismus im politischen Wettbewerb, etwa im Wahlkampf, strategisch genutzt, um kandidierende Frauen zu delegitimieren (Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V., o. D.). Zugleich richten sich politische Initiativen direkt gegen Gleichstellungspolitik: Der Antrag der AfD aus dem Jahr 2021 zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten zugunsten von „Familienbeauftragten“ verdeutlicht die strukturelle Infragestellung (Aktionsbündnis Brandenburg, o. D.).

Auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen sind in Brandenburg konkret betroffen: Kleine Anfragen der AfD-Fraktion zum Verein Dreist e. V., der geschlechtsspezifischen Bildungsarbeit sowie Präventionsarbeit zu sexuellem Missbrauch anbietet, tragen zur öffentlichen Delegitimierung gleichstellungspolitischer Arbeit im Brandenburger Landtag bei (Aktionsbündnis Brandenburg, o.D.). Gleichzeitig verdeutlichen offene Angriffe, wie der Brandanschlag auf den queeren

Verein Regenbogenkombinat Cottbus im Jahr 2025, den akuten Handlungsdruck (Landesverband AndersARTiG e. V., 2025).

Befragte unserer Interviews mit dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg und Maria Ullrich der Pride in Frankfurt (Oder) berichten von gezielten Vorfällen, die sich in dieses Bild einfügen (Interview Frauenpolitischer Rat Brandenburg; Interview Maria Ullrich): Angriffe auf offizielle Plakatkampagnen des Frauenpolitischen Rates Brandenburg, eine organisierte Gegendemonstration gegen die Pride in Frankfurt (Oder), sowie digitale antifeministische Raumnahme, mit dem Ziel, die Arbeit gleichstellungspolitischer Akteurinnen in Frage zu stellen.

Handlungsbedarf: Verbindliche Verankerung von Schutz- und Präventionsstrukturen

Die aktuellen Unterstützungsstrukturen gleichstellungspolitischer Akteurinnen gegen Antifeminismus sind kurzfristig und projektbasiert; langfristig sind sie unzureichend.

Reaktive Maßnahmen wie die staatlich geförderte Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA) leisten zwar wichtige Beiträge zum Schutz von gleichstellungspolitischen Akteurinnen, reichen jedoch aufgrund der unsicheren Projektförderung nicht als nachhaltige Strategie aus.

Wir sehen insbesondere solche politischen Verantwortlichen in der Pflicht, die mit Frauen-, Gleichstellungs-, Gewaltschutzpolitik sowie dem Schutz queerer Lebensweisen befasst sind. Es bedarf klar benannte und zuständige Stellen in allen Verwaltungsinstanzen, die diese Aufgaben verbindlich tragen. Dazu zählen Ministerien wie das MASG (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt) ebenso wie nachgeordnete Programme wie „Tolerantes Brandenburg“.

Diese sollten eine strukturelle Verankerung präventiver und reaktiver Maßnahmen, welche über punktuelle Unterstützungsangebote hinausgehen, schaffen.

Um eine langfristige und nachhaltige Unterstützung der Maßnahmen zu erreichen braucht es:

- die verbindliche Verankerung von Schutz- und Präventionskonzepten seitens der Verwaltung,
- die systematische Erfassung sowohl offener als auch struktureller (und administrativer) Angriffe,
- sowie die gleichzeitige Stärkung von gleichstellungspolitischen Akteurinnen auf verwaltungsinterner und zivilgesellschaftlicher Ebene.

Diese sind gefordert, präventive und reaktive Maßnahmen nicht nur punktuell umzusetzen, sondern diese strukturell und verwaltungsintern zu verankern. Die folgenden Handlungsempfehlungen richten sich an verantwortliche Stellen in Verwaltungsinstanzen. Sie zeigen auf, welche strukturellen Veränderungen erforderlich sind, um unter den Bedingungen zunehmenden Antifeminismus die Arbeit gleichstellungspolitischer Akteurinnen nachhaltig zu stärken und institutionell abzusichern

1. Präventive Maßnahmen gegen strukturelle Angriffe

Gleichstellungsarbeit verwaltungsseitig stärken und schützen

Auf die Frage, welche präventiven Unterstützungsmaßnahmen für eine Stärkung der Gleichstellungsarbeit am dringendsten notwendig ist, nennen die meisten Befragten aus Studien und unseren selbst durchgeführten Interviews zwei Prioritäten (vgl. Herberth & Hartmann 2026; Interviews mit dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg und Maria Ullrich):

- ein verbesserter Schutz vor digitaler Gewalt, sowie
- eine sichtbare und verlässliche Unterstützung durch die Verwaltung.

Diese Bedarfe sollten durch folgende Handlungen systematisch umgesetzt werden:

a. Präventionsangebote gegen digitale Gewalt gezielt ausbauen

Der Schutz von Betroffenen im digitalen Raum ist nach wie vor unzureichend. Daher sind die Handlungsempfehlungen auf eine sichere (berufliche) Nutzung von Social Media für die gleichstellungspolitischen Akteurinnen sowie präventive digitale Strategien ausgerichtet (vgl. Amadeu Antonio Stiftung, 2024).

Es wird empfohlen, bestehende, kostenfreie Präventionsangebote zum Schutz gegen digitale Gewalt (MIK Brandenburg, o.J) gezielt zu erweitern und auf gleichstellungspolitische Akteurinnen auszurichten.

Zur wirksamen Umsetzung sollten folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- bestehende Angebote des Landespräventionsrates um zielgruppenspezifische Formate für Gleichstellungsbeauftragte und zivilgesellschaftliche Akteurinnen ergänzen,
- spezifische Angriffsdynamiken des digitalen Antifeminismus berücksichtigen und konkrete Handlungssicherheit durch Angebote vermitteln,
- die gezielte Weitergabe der Angebote durch Einbindung relevanter Netzwerke (z. B. Meldestelle Antifeminismus, Frauenpolitischer Rat Brandenburg e. V., Dachverbände wie DaMOST), um deren Rolle als Multiplikatorinnen aktiv zu nutzen.

b. Interne Leitlinien zum Schutz von Gleichstellungsbeauftragten etablieren

Der Schutz von Gleichstellungsbeauftragten sollte als strukturelle Verwaltungsaufgabe verankert werden und seine institutionelle Handlungsfähigkeit im Umgang mit antifeministischen Angriffen systematisch gestärkt werden.

Hierzu sollten die zuständigen Verwaltungsstellen externe Fachberatung gezielt nutzen, um klare Verfahren und verwaltungsinterne Grundsätze für den präventiven Umgang mit Angriffen auf Gleichstellungsarbeit zu entwickeln.

Um eine geschlossene Haltung der Verwaltung sicherzustellen, sind folgende Schritte erforderlich:

- Entwicklung verbindlicher Leitlinien zum administrativen Umgang mit antifeministisch motivierten Angriffen,
- Klärung von Zuständigkeiten und Reaktionsketten (z. B. wer reagiert wann und wie auf diskriminierende Vorfälle),
- Sicherstellung von Rederechten und Interventionsmöglichkeiten für Gleichstellungsbeauftragte in Gremien,
- Sensibilisierung von Mitarbeitenden für antifeministische Angriffsdynamiken stärken.

c. Öffentliche Rückendeckung für Gleichstellungsarbeit sichtbar und verbindlich gestalten

Die verantwortlichen Stellen sollten die Unterstützung für Gleichstellungsarbeit und insbesondere für queere Vereine aktiv und sichtbar nach außen kommunizieren. Eine Person aus dem Organisationsteam der grenzüberschreitenden Pride in Frankfurt (Oder) kritisierte beispielsweise die Zurückhaltung von kommunalen Behörden bei der öffentlichkeitswirksamen Kommunikation von queeren Themen (Interview, Maria Ullrich). Ziel ist die konsequente Sichtbarmachung von Solidarität mit gleichstellungspolitischen Akteurinnen beispielsweise durch Präsenz der Stadtverwaltung (oder Gleichstellungsbeauftragten) bei Veranstaltungen.

Zur strukturellen Verankerung dieser Haltung sollten die verantwortlichen Stellen:

- die Öffentlichkeitsarbeit zu Gleichstellungsthemen als feste Verwaltungsaufgabe definieren,
- die interne Sensibilisierung für queere Themen durch verpflichtende Schulungen stärken,
- Ansprechpersonen für die externe Kommunikation mit Gleichstellungsakteurinnen klar benennen und nach außen kommunizieren.

2. Reaktive Maßnahmen gegen offene Angriffe und Einschüchterungen

Mobile Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus dauerhaft stärken und ausbauen

Die Analysen mit gleichstellungspolitischen Akteurinnen zeigen, dass im Umgang mit antifeministischen Angriffen ein hoher Bedarf an schnell zugänglichen, niedrighschwelligen und kostenfreien Unterstützungsstrukturen besteht (Herberth und Hartmann, 2026; Vielfalt-Mediathek, 2025).

Eine Vertreterin des Frauenpolitischen Rates Brandenburg betont die zentrale Rolle mobiler Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, insbesondere durch Argumentationstrainings, die Akteurinnen befähigen, souverän auf Angriffe zu reagieren (Interview, Frauenrat). Auch Maria Ullrich vom Stuck e.V. aus Frankfurt (Oder) verweist auf konkrete Unterstützungsbedarfe bei Veranstaltungen, die durch mobile Beratungsteams gedeckt werden könnten, etwa die Sensibilisierung von Schutz- und Sicherheitspersonal im Umgang mit antifeministischen Vorfällen (Interview, Maria Ullrich). Gleichzeitig wird deutlich, dass die Angebote der Beratungsteams bislang zu wenig sichtbar sind und meist erst anlassbezogen genutzt werden. Die verantwortlichen Stellen sollten sich für die Sichtbarkeit der Angebote einsetzen.

Sie sollten:

- die systematische Vermittlung von Argumentationstrainings für gleichstellungspolitische Akteurinnen sicherstellen, um Handlungssicherheit im Umgang mit Angriffen zu stärken,
- die verpflichtende Schulung und Sensibilisierung von Schutz- und Sicherheitspersonal bei gleichstellungspolitischen Veranstaltungen unterstützen.

Die rechtsextreme AfD fungiert in Brandenburg als Sprachrohr, das Gleichstellungspolitik als demokratierelevantes Politikfeld gezielt infrage stellt, zivilgesellschaftliche Akteurinnen delegitimiert und menschenfeindliche Ideologien anschlussfähig macht. Antifeminismus ist bereits in der gesellschaftlichen Mitte verankert, wodurch sowohl die Bedeutung gleichstellungspolitischer Arbeit als auch die Intensität antifeministischer Angriffe weiter zunehmen werden. Ohne den konsequenten Ausbau präventiver und reaktiver Maßnahmen bleibt der Schutz gleichstellungspolitischer Akteurinnen langfristig unzureichend; zudem könnten Funktionsfähigkeit und Sicherheit von Verwaltung und Zivilgesellschaft leiden. Damit wäre letztlich auch die demokratische Stabilität insgesamt gefährdet.

Literaturverzeichnis

- Aktionsbündnis Brandenburg. (o. D.). Antifeminismus von rechts. Abgerufen am 14. Juli 2026, von <https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/antifeminismus-von-rechts>.
- Amadeu Antonio Stiftung. (2024). Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2023: Dokumentation und Analysen der Meldestelle Antifeminismus. https://amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/03/Lagebild_Antifeminismus_2023_WEB.pdf.
- Becker, C. et al. (2024). Demokratiegefährdende Bedrohungslagen – eine Systematisierung aus kommunaler Perspektive. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 9(1), 54–73.
- Deutscher Bundestag. (2025, 24. Februar). Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen (Drucksache 20/15035).
- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V. (o. D.). Antifeminismus in Brandenburg – Gegenstrategien und Empowerment von Frauen und Mädchen. Abgerufen am 14. Juli 2026, von <https://www.frauenpolitischer-rat.de/project/antifeminismus/>.
- Herberth, S., & Hartmann, A. (2026). Gegenwind oder doch schon ein Sturm? Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG). <http://www.gleichberechtigt.org#>.
- Hummel, S., Nicke, S., & Oellers, J. (2025). Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit (Opuscula, Bd. 202). Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar106281-2>.
- Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C., & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker et al. (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten (S. 245–270). Psychosozial-Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837979190-245>.
- Landesverband AndersARTiG e. V. (2025, 21. Oktober). Brand am Regenbogenkombinat Cottbus endet glimpflich [Pressemitteilung].
- Lola für Demokratie e.V. (2025). Antifeministische Zustände sichtbar machen! Antifeministische Vorfälle in Deutschland 2024: Kurzbericht zu Zahlen und Analysen der Meldestelle Antifeminismus. https://antifeminismus-melden.de/wp-content/uploads/sites/7/2025/08/Antifeminismus2024_KurzberichtMeldestelle_LOLA_eV2025_WEB.pdf.
- Lola für Demokratie e.V. (2026). Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2025: Dokumentation und Analysen der Meldestelle Antifeminismus. https://www.lola-fuer-demokratie.de/wp-content/uploads/sites/9/2026/07/Lagebild-Antifeminismus-2025_WEB-1.pdf.
- KIKO Brandenburg. (2024). Handlungsempfehlungen für die kommunalpolitische Praxis: Bekämpfung und Verhütung von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. (o. D.). Präventionsangebote „Gegen digitale Gewalt“.
- Rahner, J., Schindler, F., & Spicker, R. (2020). Auswirkungen von Antifeminismus auf Frauenverbände: Demokratie-Empowerment als Gegenstrategie. Deutscher Frauenrat. https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/10/Expertise_Demokratie_Empowerment_digital.pdf.
- Vielfalt-Mediathek. (2025). Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit: Angst um die Vormachtstellung – Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. <https://www.vielfaltmediathek.de/wp->

content/uploads/2025/07/Homo-Trans-und-Interfeindlichkeit_Angst-um-die-Vormachtstellung-Antifeminismus-und-Queerfeindlichkeit.pdf.

Interviews

Interview 1: Stirpe, L., & von Stade, L. (2026, 10. Juni). Interview mit einer Mitarbeiterin des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg e. V. [Interview].

Interview 2: Stirpe, L. (2026, 23. Juni). Interview mit einem Mitarbeiter des DEMOS Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder) [Telefoninterview].

Interview 3: Stirpe, L., & von Stade, L. (2026, 23. Juni). Interview mit Maria Ullrich (Stuck e. V. / Pride Frankfurt (Oder)/Slubice) [Interview].